

ePub^{WU} Institutional Repository

Andreas Novy

Illusionen grenzenloser Globalisierung

Paper

Original Citation:

Novy, Andreas (2018) Illusionen grenzenloser Globalisierung. *SRE - Discussion Papers*, 2018/01. WU Vienna University of Economics and Business, Vienna.

This version is available at: <http://epub.wu.ac.at/6055/>

Available in ePub^{WU}: February 2018

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

Andreas Novy

Illusionen grenzenloser Globalisierung

SRE-Discussion 2018/01

2018

Illusionen grenzenloser Globalisierung

Wir leben in interessanten Zeiten. In den reichen Ländern verbreitet sich das Bewusstsein, dass die Zukunft keinesfalls zwangsläufig besser wird. Die Verhältnisse sind im Umbruch, was für diejenigen, die weltweit lange Zeit zu den GewinnerInnen gezählt haben – das heißt wir alle, die wir hier sitzen -, unangenehm werden könnte. Bleibt die hierarchische Weltordnung, die Wohl und Wehe so ungleich verteilt, in dieser Form bestehen, nur wir verlieren den Platz an ihrer Spitze, dann könnte dies dramatische Konsequenzen für uns haben. Was tun?

Auf jeden Fall steht einiges auf dem Spiel. Aus diesem Grund teilen immer mehr Menschen die Einschätzung, dass „Weiter so wie bisher“ nicht möglich ist. Doch was ist damit gemeint? Die OrganisatorInnen dieser Entwicklungstagung beschreiben ein komplexes Ineinanderspielen vielfältiger Krisen. Krieg, Flucht und Wetterkapriolen sind die wahrnehmbaren Symptome globaler Unordnung, Nachrichten aus fernen Gegenden sind die bedrohliche Hintergrundmusik, die daran erinnert, dass die eigene, als selbstverständlich angesehene Lebensweise gefährdet sein könnte.

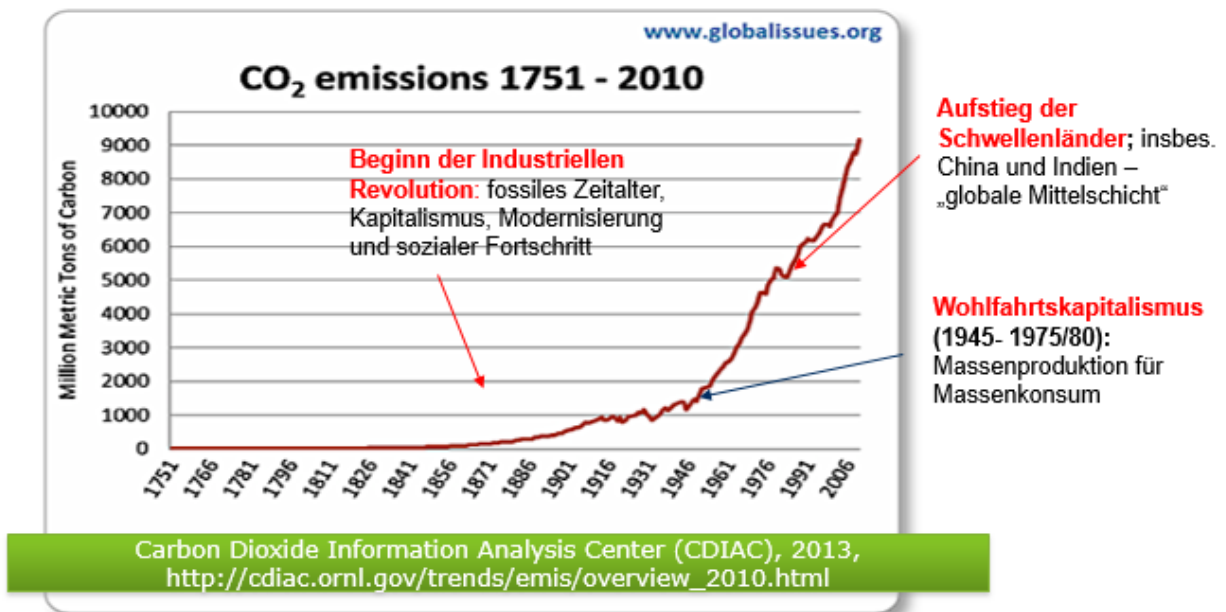
1. Sozialökologische Transformation

Es geht, so die Einsicht, nicht bloß um die eine oder andere Korrektur, sondern um grundlegende Fragen über unseren Platz in der Welt und wie in Zukunft gearbeitet und gelebt wird. Mit dem Konzept der sozialökologischen Transformation wird ein anstehender Wandel beschrieben, der in seinen Dimensionen dem Übergang von Gemeinschaften der Jäger und Sammler hin zu Agrargesellschaften oder dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft ähnelt. Der Sozioökonom Karl Polanyi beschrieb die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts als Metamorphose, vergleichbar dem Formwandel von einer Raupe zum Schmetterling. Landflucht, und die erzwungene Massenauswanderung aus Europa waren damals Nebenprodukte der Durchsetzung einer Marktgesellschaft und des Aufstiegs Westeuropas zum Zentrum der Weltwirtschaft. Radikale Verbesserungen der Lebensbedingungen gingen einher mit Massenelend und kultureller Entwurzelung. Modernisierung und Ausweitung der Marktwirtschaft führen zwar insgesamt zu materiellen Verbesserungen, nicht aber automatisch dazu, sich in dieser neuen Welt auch zuhause zu fühlen. Die Folge sind Gegenbewegungen, beispielsweise in Form des Widerstands der Weber gegen mechanische Webstühle, als Schutzzölle für Bauern oder durch die Einführung von Arbeitsgesetzen.

All dies begleitet die kapitalistische Modernisierung bis heute. Der Globale Süden ist – trotz aller Erfolge der MDGs – weiter geprägt vom Elend der Kleinbauern, dem Widerstand in

asiatischen Fabriken sowie der erzwungenen Flucht. Viele Solidaritätsbewegungen stärken Menschen im Globalen Süden: Von Gewerkschaften in China bis zum Kampf der Kleinbauern um ihr Saatgut. Polanyi erinnert daran, dass dieser Widerstand nicht emanzipatorisch sein muss. Widerstand kann zu emanzipatorischen Veränderungen führen, wie den Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit, oder reaktionäre Bewegungen hervorrufen, wie den Faschismus der 1930er Jahre. So ist auch der aktuell zunehmende Nationalismus als eine derartige Schutzbewegung zu verstehen, was Kari Polanyi, 94-jährige Tochter von Karl Polanyi, vorgestern an der WU sehr klar analysierte. Gegenbewegungen zur neoliberalen Globalisierung werden stärker. Das ist ein Faktum. Umkämpft ist nur die Art des Widerstands. Er kann nämlich sowohl eine reaktionäre, rückwärtsgewandte und anti-aufklärerische Form annehmen oder potentiell emanzipatorische Veränderungen anstoßen.

Um die aktuellen Probleme zu verstehen, braucht es die historische Analyse. Die Metamorphose des 19. Jahrhunderts basierte auf neuen Institutionen, wie dem verallgemeinerten Arbeitsmarkt oder dem Goldstandard, aber auch auf ökologischen Umwälzungen: Die neue Produktionsweise war von Anfang an fossil. Produktivitätsgewinne basierten wesentlich auf dem Zugriff auf nicht erneuerbare Energieträger – ein Umstand, dem lange zu wenig Bedeutung beigemessen wurde.



Graphik 1: Große Beschleunigung

Durch die kapitalistische Modernisierung kam es zu einer großen Beschleunigung, wie sie beispielhaft in Graphik 1 dargestellt wird. Fast alles – vom CO₂-Ausstoß bis zur Lebenserwartung; vom Artensterben bis zum Rückgang der Kindersterblichkeit – unterliegt

dem Imperativ von „mehr und schneller.“ Graphik 1 zeigt anhand der CO₂-Emissionen, wie radikal sich die letzten 200 Jahre von der vorangegangenen Menschheitsgeschichte unterscheiden. Der offensichtliche soziale Fortschritt wäre ohne die expansiven Dynamiken kapitalistischer Modernisierung nicht möglich gewesen.

Zwei Momente heizten den Prozess im 20. Jahrhundert weiter an: Erstens ermöglichte der in den reichen Ländern eingeführte Wohlfahrtsstaat Massenkonsum – Auto für alle, Waschmaschine für alle. Ein zivilisatorischer Fortschritt mit hohen ökologischen Kosten. Das gleiche gilt für den Aufstieg der Schwellenländer in den letzten 30 Jahren, denn die globale Mittelschicht entwickelt keinen neuen, sondern imitiert den ressourcenfressenden westlichen Lebensstil.

Eine der Ursachen der Beschleunigungs- und Wachstumsdynamik verortet die Nachhaltigkeitsforschung im fossilen Energiesystem, das durch verbilligte Transportmittel und industrielle Produktivitätssteigerungen eine Weltwirtschaft schuf und Massenkonsum, wenn auch sehr ungleich, verallgemeinerte – bei rund sieben Milliarden Menschen gibt heute weltweit ebenso viele Handys. Es ist weitgehend Konsens, dass das Festhalten an dieser expansiven Dynamik und dem damit verbundenen Raubbau desaströse Folgen hat. So gerät nicht nur das Klima aus der Balance, sondern die planetarischen Grenzen werden in vielerlei Aspekten überschritten – bei Artenvielfalt, Stickstoffzyklus und Landnutzungssystemen.

Heute gewinnt deshalb die ökologische Frage in der akademischen Diskussion, nicht aber in der politischen Debatte an Bedeutung. Dabei setzen die einen stärker auf Strategien der Grünen Wirtschaft verbunden mit der Hoffnung, dass substanzielle technologische Änderungen reichen werden – Stichwort: Ökoeffizienz. Nun schon 40 Jahre Umweltpolitik im Sinne von Effizienzsteigerungen haben allerdings die Dynamik der „großen Beschleunigung“ nicht bremsen können. Dies stärkt die Argumente für weitergehende Veränderungen in unserem Mobilitäts- und Konsumverhalten, sodass die Abkehr von einer auf fossilen Energieträgern beruhenden Produktionsweise als eine neue große Transformation verstanden werden müsste.

2. Globalisierer gegen Nationalisten

In der öffentlichen Debatte sind Klima- und Umweltpolitik aber immer noch zweitrangig. Presse, liberale Öffentlichkeit, Universitäten und soziale Medien werden nicht müde, eine andere epochale Auseinandersetzung in den Vordergrund zu rücken: gebildete Elite gegen abgehängte Masse, Globalisierer gegen Nationalisten. An die Stelle des vermeintlich überwundenen Links-rechts-Gegensatzes ist ein Kulturkampf getreten, in dem Weltoffenheit und Heimatverbundenheit aufeinanderprallen. Die jeweils anderen gelten als borniert und provinziell bzw. als abgehoben und unverantwortlich. Noch 2015 hätte kaum ein seriöser Staatschef öffentlich in Frage stellen können, dass „wir“, d.h. alle Menschen, eine gemeinsame,

eine globale Verantwortung teilen. So beschlossen die Staatsschefs im September die nachhaltigen Entwicklungsziele SDGs und bejubelten bei der Weltklimakonferenz im Dezember 2015 ihr Verantwortungsbewusstsein angesichts einer unkontrollierbar werdenden Klimakrise.

Globalisierungselite	Nationalistische Masse
<ul style="list-style-type: none">• <u>KosmopolitInnen, ManagerInnen & globale Zivilgesellschaft</u>• Offene Grenzen (Migration und neoliberalen Freihandel)• Marktgesellschaft mit Diversität & Chancengleichheit (und universellen Menschenrechte)• Europäische Wertegemeinschaft• Liberaler Multikulturalismus	<ul style="list-style-type: none">• <u>Ethno-NationalistInnen, RechtspopulistInnen</u>• Festung Europa• Illiberale Demokratie ohne Gewaltenteilung• Selektive nationale soziale Rechte (Ablehnung universeller Menschenrechte)• Europäische Wertegemeinschaft• Gewaltbereitschaft gegen Assimilationsverweigerer

Graphik 2: die inszenierte Auseinandersetzung

Wenig später wird im mächtigsten Land der Welt ein Mann Präsident, der die Etikette bricht und selbstbewusst festhält, worum es ihm geht: „America first“. In der Tat bricht Donald Trump mit der in der liberalen Öffentlichkeit als selbstverständlich angesehenen Einschätzung, dass Globalisierung und europäische Integration sowohl unvermeidlich als auch grundsätzlich begrüßenswert seien. Besonders besorgniserregend erscheint, dass Trump gewann nicht obwohl, sondern weil er mit einer Vielzahl von vermeintlichen Gewissheiten des beginnenden 21. Jahrhunderts brach: „Wir nehmen uns, was uns gehört – und wenn nötig, holen wir es uns auch“ – gutes Leben für wenige: Seien es Ressourcen oder Eigentumsrechte, sei es durch Marktmacht, militärische Stärke oder Überwachung. Donald Trump, Marine Le Pen, Geert Wilders, Victor Orban – sie stehen für einen neuen Typus von PolitikerInnen; FührerInnen, die offen nationalistisch sind und globale Zusammenarbeit nur dann akzeptieren, wenn sie und ihr Land davon profitieren. Sie zeigen, wie falsch die Annahme war, mehr wirtschaftliche Globalisierung und mehr internationale politische Zusammenarbeit gingen Hand in Hand. Vermehrt dominiert heute ein Diskurs, der wieder selbstbewusst die Interessen der eigenen Nation ins Zentrum stellt. Nicht hilfreich ist angesichts dieser Entwicklungen moralische Empörung. Gefragt ist eine realistische Einschätzung.

Beginnen wir mit einer Unterscheidung verschiedener Formen der Globalisierung. Vereinfacht gesprochen geht es um vier Aspekte: erstens die Globalisierung des Handels, d.h. von Waren und Dienstleistungen; zweitens die Globalisierung von Geld und Finanz; drittens die Globalisierung der Arbeitsmärkte und viertens die Globalisierung der Entscheidungsfindung, d.h. Formen globaler Kooperation bis hin zu einer globalen Demokratie.

Nichts wäre irreführender, als Trump als Anti-Globalisierer zu bezeichnen. Vielmehr radikalisiert er Globalisierung und zwar in genau derjenigen Form, die für Polanyi und viele andere das größte Destruktionspotential hat, nämlich globale, entgrenzte Finanzmärkte, die demokratische Gestaltungsspielräume einschränken. Zwei Beispiele, die im jüngsten UNCTAD-Report 2017 zitiert werden: Das Vermögen der fünf größten Banken in Frankreich und im Vereinigten Königreich war über dreimal höher als das jeweilige Volkseinkommen. Und die Summe der externen Verbindlichkeiten und Forderungen im UK belief sich vor der Finanzkrise 2008 auf das 13-fache des BIP. Dieser aufgeblähte Finanzsektor überlebte die Finanzkrise durch massive staatliche Subventionen, um heute über den Besitz an Staatsanleihen erneut massiv Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen. Dabei ist bekannt, wie sehr dieser Sektor zu prozyklischem und krisenverstärkendem Verhalten tendiert, wie mittlerweile selbst der Währungsfonds eingesteht. Trotzdem ist Trump hier Hyperglobalisierer und will die Finanzbranche wieder deregulieren, was kurzfristig Steuervermeidung fördert und langfristig destabilisierend wirkt.

Zweitens: Die Globalisierung des Handels, dies lehrt die Geschichte, ermöglicht substanzielle Wohlfahrtsgewinne und tendiert gleichzeitig zu Machtkonzentrationen. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist ein Beispiel transnationaler Macht. Erneut aus dem UNCTAD-Report zitierend: 10% der global an Börsen notierten Unternehmen erzielten 80% der Gewinne; die Firmenchefs großer Unternehmen erhielten in den letzten zehn Jahren als Gehaltsbestandteil insgesamt sagenhafte 3.900 Milliarden Dollar. Umgekehrt zeigt die Zurückhaltung bei der Liberalisierung des Agrarsektors und der Rüstungsindustrie, dass gelegentlich Staatsräson selbst über neoliberale Ideologie siegt. Auf diesem Felde ist Trump eindeutig ein Wirtschaftsnationalist, der bewusste Standortpolitik betreibt; jedoch Freihandel dort fördert, wo es US-Firmen nutzt.

Drittens gewinnt in einer Welt globaler Kommunikation und sinkender Transportkosten die Migration als Strategie, die individuelle Wohlfahrt zu erhöhen, an Bedeutung. Auffallend ist, dass gerade die VerfechterInnen einer freien Marktwirtschaft äußerst zurückhaltend sind, ja zumeist entschieden ablehnend reagieren, wenn es um globale Arbeitsmärkte geht. Während der Handel mit Luft, Wasser und Boden erlaubt sein soll, wird den Wohlfahrtsgewinnen, die durch globale Arbeitsmärkte erzielbar wären, ein Riegel vorgeschoben. Schlimmer noch: Die Schutzfunktion des Staates wird erneut verstärkt als polizeiliche und militärische Sicherheit

verstanden. Geschützt wird vor zu viel Zuwanderung, potentieller Konkurrenz am Arbeitsmarkt und Quelle kultureller Verunsicherung. Sozialer Schutz, wie er durch ein funktionierendes Sozialsystem für alle Hilfsbedürftigen gewährt wird, aber auch ein völkerrechtlich abgesichertes Asylrecht, erscheint zweitrangig. Dies ist ein Feld, auf dem Trump als Protektionist genau bei denen punktet, die bei seiner von Milliardären gemachten Politik ansonsten nur verlieren.

Viertens: Globale Zusammenarbeit wird von Trump ebenso kritisch beäugt wie manche Neoliberale in Großbritannien, Ungarn und Polen gegen vertiefte europäische Integration optieren. Die Strategie, eine globale Marktwirtschaft zu schaffen, die mit weltweiter kultureller und politischer Kooperation einhergeht, ist in einer tiefen Krise. Bilaterale, opportunistische Zusammenarbeit tritt an die Stelle internationaler Verträge. Nationaler Politik gelten „Weltbühne“ und „Brüssel“ als Entschuldigung für das eigene Versagen vor Ort. Doch gleichzeitig wachsen das Unbehagen und der Widerstand. In diesem Sinne hatte Karl Polanyi Recht: Hyperglobalisierung ruft Gegenkräfte auf den Plan, Deglobalisierung passiert. Aktuell im Wesentlichen durch Abschottung der nationalen Arbeitsmärkte und willkürlichen Protektionismus.

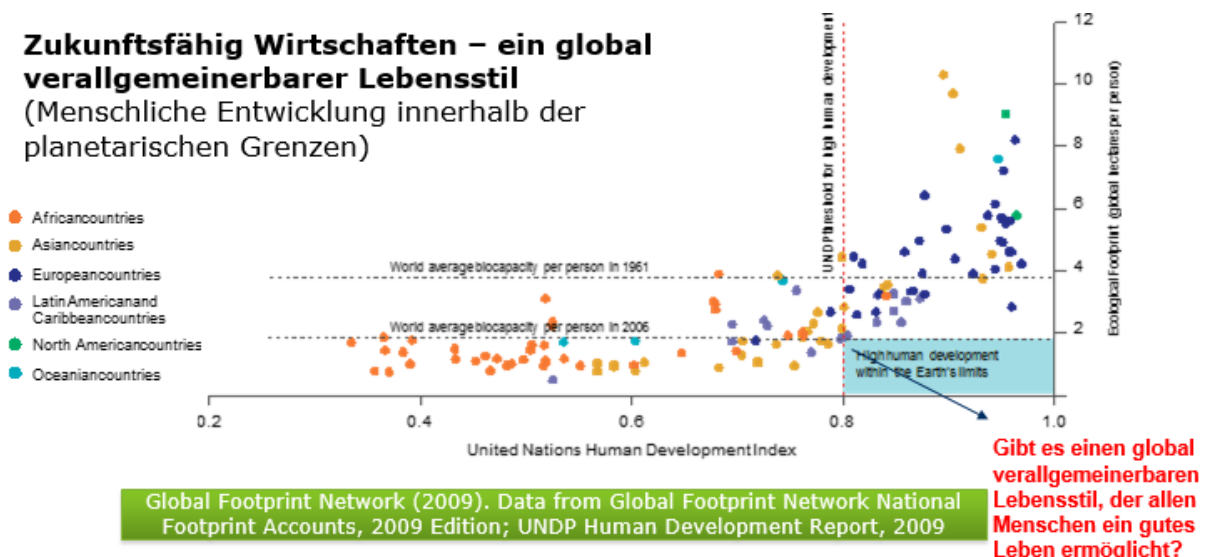
Statt Globalisierung in all ihren Formen mit Weltoffenheit zu verwechseln, gälte es, von Rechtspopulisten und Neoliberalen zu lernen und mit Globalisierung und Deglobalisierung selektiv umzugehen. Wie schon auf der 2. Entwicklungstagung hier in Graz 2003 diskutiert wurde, ist Globalisierung kein Schicksal, sondern sie wird politisch hergestellt oder eben ausgehöhlt. Trump tut beides erratisch, autoritär und exkludierend. Wünschenswert wäre, die Art der Globalisierung zum Gegenstand öffentlicher Debatte und demokratischer Entscheidung zu machen. So könnten Vor- und Nachteile bestimmter Globalisierungsschritte abgewogen und die Potentiale für globale, nationale und lokale Veränderungsstrategien ausgelotet werden.

Es braucht also eine Revision des vereinfachten Raumbildes, wonach global als offen und gut, lokal und national als borniert und schlecht gelten. Die grenzenlose Globalisierung von Geld, Finanz, Waren und Dienstleistungen heizt den Standortnationalismus an, der wiederum wesentlich verantwortlich ist für die Schwierigkeiten der Weltgemeinschaft, die globalen Herausforderungen wie Frieden, Klimapolitik und Migration konstruktiv anzugehen. Selbst so erfreuliche Ereignisse wie der Beschluss der Nachhaltigen Entwicklungsziele und des Pariser Klimaabkommens verbleiben angesichts des ökonomischen Konkurrenzdenkens und geopolitischen Machtdenkens zahnlos. Es ist Zeit, sich von der Idee zu verabschieden, globale Probleme vorrangig durch globale Kooperation, europäische Probleme durch intensivere europäische Zentralisierung in „Brüssel“ zu lösen. Nation und Nationalismus gingen und gehen nicht immer Hand in Hand. In der Romantik des 19. Jahrhunderts stand Nationalismus oftmals für den Ausbruch aus feudalen Verhältnissen, so wie er bei Gandhi und vielen anderen im Globalen Süden für den Widerstand gegen koloniale und imperiale Herrschaft genutzt wurde.

Bis heute bleibt die Nation der Ort, an dem die lebendigste und wirksamste Form demokratischer Teilhabe stattfindet. Daher ist der Widerstand gegen den Abbau von Gewaltentrennung, Sozialstaat und Oppositionsrechten in Brasilien und Polen so stark. Und deshalb streben nicht nur in Katalonien Regionen immer noch danach, zu Nationen zu werden: – zu Recht? Zu Unrecht? Katalonien ist Teil eines Zentralstaats, der oftmals wenig Sensibilität gegenüber regionalen Institutionen und Kulturen hat, die EU-Institutionen sind nur sehr indirekt demokratisch legitimiert, doch Österreich ist eine demokratische Republik. Weiterhin sind Nationen die wirkmächtigsten Territorien für demokratische und soziale Gestaltung. So wünschenswert die Überwindung der europäischen Kleinstaaterei wäre, so weit entfernt sind wir von europäischer Solidarität und Demokratie. Schlimmer noch: Während Formen der finanziellen Umverteilung in weite Ferne rücken, wird die Kooperation zum Schutz der Festung Europa und deren militärische Absicherung an der Außengrenze der EU Realität. So verkümmert mehr europäische Zusammenarbeit zu neuem Mauerbau, einer rückwärtsgewandten Variante von Anti-Globalisierung. Der in den Medien so beliebte Antagonismus von Globalisierern und Nationalisten verschleiert also die reale Entwicklung. Was ist demnach das „tatsächliche“ Konfliktfeld?

3. Gutes Leben „für einige“ oder „für alle“?

Zukunftsfähig Wirtschaften – ein global verallgemeinerbarer Lebensstil (Menschliche Entwicklung innerhalb der planetarischen Grenzen)



Graphik 3: Wohlbefinden und ökologischer Fußabdruck

Graphik 3 zeigt, dass es heute im Wesentlichen zwei Typen von Ländern gibt: diejenigen, die reich sind, eine hohe Lebensqualität haben, aber gleichzeitig einen überdurchschnittlichen, nicht-verallgemeinerbaren ökologischen Fußabdruck - das sind insbesondere der Westen und viele

ölexportierende Staaten. Ulrich Brand und Markus Wissen nennen diese Lebensweise „imperial“, weil sie auf der Ausbeutung anderer Menschen und Erdteile beruht.

Die andere Staatengruppe sind die der Armen. Sie haben eine deutlich niedrigere Lebensqualität, jedoch ist ihr Ressourcenverbrauch mit den planetarischen Grenzen vereinbar – das sind vor allem Afrika und Südasien. Die Herausforderung bestünde darin, den Raum rechts-unten zu füllen, dort, wo heute kein einziges Land zu finden ist: Hohe Lebensqualität innerhalb der planetarischen Grenzen; kurzum eine Zivilisation mit hoher Lebensqualität, die nicht auf Kosten anderer lebt.

Gutes Leben für wenige	Gutes Leben für alle
<ul style="list-style-type: none">• Historische Erfahrung: Klassengesellschaft und Ungleichheit als Voraussetzung für kulturellen und wirtschaftliche Fortschritt => Zivilisation braucht Hierarchie (<u>SklavInnen, Dienstboten</u>)• Ethno-Nationalismus: Wettbewerb mit politischen Mitteln (z.B. Staatsbürgerschaft)• Neoliberaler Standortwettbewerb: Kapital- und Vermögenskonzentration	<ul style="list-style-type: none">• Beschränkung wirtschaftlicher und politischer Machtkonzentration => weniger globale Regeln, dafür mit klarer sozialökologischer und friedensschaffender Zielsetzung• Änderung der neoliberalen europäischen Wirtschaftsverfassung hin zu einer gemischten Wirtschaftsordnung• Erweiterung von Handlungsspielräumen „von unten“ => Dezentralisierung & Subsidiarität

Graphik 4: Gutes Leben für einige/wenige oder alle

Der aktuelle Transformationsprozess birgt gefährlichen Sprengstoff für sich zuspitzende Verteilungskämpfe und geopolitische Konflikte, bietet aber auch Chancen. Der reiche Westen kann nämlich auf zwei Arten reagieren: Er kann abblocken und den Status Quo verteidigen, oder er kann Schritte setzen, Lebensqualität neu zu definieren und systemische Innovationen in den Bereichen Mobilität, Energie und Ernährung einleiten. Er kann ein gutes Leben entweder für einige oder für möglichst alle anstreben.

Es können alle Energien verwendet werden, den Status Quo der Wohlstandsverteilung innerhalb und zwischen den Ländern mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Das hieße, dass eine Verteidigungshaltung im reichen Westen mit den steigenden Ansprüchen der Aufsteiger der Weltwirtschaft kollidiert. Das ist das aktuell zu beobachtende Szenario. Es gibt im Globalen Norden

und Süden eine Renaissance neoliberaler Politik, die von autoritären, bzw. illiberalen Regimen umgesetzt wird – von Brasilien und der Türkei bis zu Japan. In manchen Ländern – insbesondere in Asien – sind Formen eines offen autoritären Kapitalismus wirtschaftlich erfolgreich. Eine besonders besorgniserregende Folge dieses neoliberalen Wirtschaftsnationalismus sind weltweite Aufrüstung, eine lukrative Grenzsicherungs- und Überwachungsindustrie und vermehrte militärische Konflikte in rohstoffreichen Gegenden.

4. Handlungsspielräume „von unten“ erweitern

Die Heftigkeit des aktuellen Rückschlags, die drohende Rückkehr zu einer Dienstbotengesellschaft des 19. Jahrhunderts erlaubt aber kein Sektierertum und keinen Dogmatismus. In Brasilien scheiterte der Versuch eines sanften Reformismus, der erstmals auch den 6,5 Millionen Dienstbotinnen echte Teilhabe ermöglichte. In Europa spalten sich Nationen, entsteht eine Dienstbotengesellschaft aufbauend auf der Sorgearbeit von Migrantinnen und vertieft sich die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa. Vereinfacht können diese Entwicklungen als Strategien für ein „gutes Leben für einige“ bezeichnet werden. Kein erfreuliches Zukunftsszenario.

Sprechen wir mit Kollegen und Freundinnen in der Türkei, Ungarn oder Brasilien dann ist klar, dass es breite Bündnisse für Demokratie und Freiheit braucht. Liberale konstatieren zum Beispiel in Ungarn eine illiberale Demokratie, sind besorgt über den autoritären Umgang mit Minderheiten und sehen ihre Skepsis gegenüber der Mehrheitsdemokratie bestätigt. Doch es reicht nicht, auf Gewaltentrennung, freie Justiz und Medien zu setzen. Es ist die steigende Ungleichheit und die durch den Abbau des Sozialstaats hervorgerufene soziale Verunsicherung, die den Nährboden liefert für die Akzeptanz immer radikalerer Ausgrenzungs- und Notverordnungsmaßnahmen. Es stimmt, dass aktuell Demokratie als Mehrheitsherrschaft immer illiberaler und unsozialer wird; der politische Horizont wird enger. Trotzdem muss selbst dann an der Demokratie als bester der schlechten Regierungsformen festgehalten werden, wenn Regierungschefs beginnen, am Klimawandel zu zweifeln und Menschenrechte auszuhebeln.

Eine gelungene Transformation wird es nämlich nur mit den Menschen gemeinsam geben. Es geht um – so der Titel des diesjährigen Weltentwicklungsberichts – „Human Development for everyone“. Vermutlich sind die Strategien, politische Mehrheiten für Solidarität und Nachhaltigkeit zu gewinnen in den Ländern des Globalen Südens einfacher, da gerade die Armen Strategien „für alle“ begrüßen. Ich möchte die verbleibende Zeit aber nützen, mich der entscheidenden, gleichzeitig aber auch sehr schwierigen Frage zuzuwenden, wie bei uns in den reichen Länder Europas Mehrheiten für die Umgestaltung des aktuellen nicht-nachhaltigen Systems gewonnen werden können. Das ist anspruchsvoll, weil es in dieser Situation offensichtlich als attraktiv erscheint,

autoritäre und ausgrenzende Maßnahmen in Kauf zu nehmen, um den eigenen Lebensstil zu sichern. Demokratische Mehrheiten sind nicht automatisch für solidarische nachhaltige Entwicklung.

Dem Szenario einer Festung der Reichen steht das Fernziel einer Zivilisation gegenüber, die nicht auf Kosten anderer lebt. Die konkrete Utopie eines „guten Lebens für alle“ bietet keine kurzfristigen Lösungen, wohl aber Orientierung in einer komplexen Situation. Ein zu schmiedendes Bündnis muss im Sinne globaler Verantwortung die größere Agenda der ökologischen Nachhaltigkeit im Auge behalten und bei uns den exzessiven Ressourcenverbrauch einschränken, auch wenn dies aufs erste nicht populär ist. Gleichzeitig jedoch müssen die Vorzüge von Freiräumen für persönliche und wirtschaftliche Entfaltung ebenso verteidigt werden wie Kollektivverträge und möglichst kostenlose Bildungs- und Gesundheitsversorgung.

All dies ist also vorrangig eine Hausaufgabe, ganz im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele. Zur Hausaufgabe gehört die demokratische Aufgabe, Globalisierung so selektiv zu beschränken, dass Handlungsspielräume von unten ausgeweitet werden. Es braucht mehr Möglichkeiten, das eigene Lebensumfeld zu gestalten. Doch muss das Plädoyer für mehr Demokratie von einem realistischen Menschen- und Gesellschaftsbild ausgehen. So sind die allermeisten Menschen im Globalen Norden in Bezug auf Ressourcennutzung global betrachtet Nutznießer, denn selbst bei stagnierenden Löhnen ist es ihnen mit Hilfe von Billigprodukten und auf Kredit weiterhin möglich, ein materiell gutes Leben zu führen. Doch auch im Globalen Norden gibt es Schattenseiten der imperialen Lebensweise, die sich aus Ausgrenzung, zunehmender Ungleichheit, Autoritarismus und fortgesetzter Statuskonkurrenz ergeben.

Daher ist es für das Ausloten von Handlungsräumen notwendig, Frigga Haugs Überlegungen zu „Frauen: Opfer oder Täter“ weiterzudenken. In den 1980er Jahren insistierte Haug, dass Frauen nicht bloß Opfer sind, sondern an ihrer eigenen Unterdrückung mitwirken. Gleichmaßen sind die Menschen des Globalen Nordens nicht nur privilegierte Täter, sondern eben auch Opfer einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die Konkurrenz und Ausgrenzung begünstigt. Ich bin Opfer und Täter. Diese Überlegungen müssen auf die westliche Lebensweise übertragen werden. Menschen sind oftmals zum Pendeln mit dem Auto gezwungen, wollen sie ihr Leben nicht auf den Kopf stellen; der Einkauf im Discounter erlaubt keinen Blick hinter den Schleier billiger Preise, hin zu den Produktionsbedingungen von Kleidern und IT-Geräten.

Die Einsicht in die Täter-Opfer-Dialektik hat weitreichende Konsequenzen für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Bemühungen, Nachhaltigkeit in Österreich systemisch zu verankern. Die Täter-Opfer-Dialektik ist getragen von derselben Empathie mit den in sich zerrissenen, widersprüchlichen Charakteren, die Didier Eribon in „Rückkehr nach Reims“ beschrieben hat. Bei Eribon sind es die ex-kommunistischen ArbeiterInnen, die nun Front National wählen. Doch gleiches gilt für die Mittelschicht, die mit allen Mitteln versucht, auf Gewohntes nicht verzichten zu müssen –

sei dies in der Verteidigung des Gymnasiums oder der Auto-Mobilität. In einem zunehmend aufgeheizten gesellschaftlichen Klima stoßen Zugeständnisse an das Gemeinwohl, sei dies in der Klimapolitik oder bei sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen, auf immer mehr Ablehnung. Die Attraktivität solidarischen Handelns wird systematisch untergraben – durch die Privatisierung der Altersvorsorge und eine verschärfte Konkurrenz um Statusvorteile. Dann scheint es, als sei den Menschen das Hemd näher als der Rock.

Was bräuchte es, damit mehr Menschen in Österreich ernsthafte Maßnahmen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele im Bereich Klima und Verteilung unterstützen? Wichtig wäre der Schutz vor einer grenzenlos und damit unkontrollierbar erscheinenden Globalisierung, die Stärkung einer Alltagsökonomie, die Daseinsvorsorge und Nahversorgung sicherstellt und soziale Sicherheit gewährleistet. Menschen erwarten sich von der Politik Schutz; zu Recht, denn dies ist Aufgabe aller Gemeinwesen. Dabei kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu, wobei die Lösung nicht in „mehr Staat“ oder mehr Bürokratie besteht. Vielmehr geht es um einen handlungsfähigen, kreativen Staat, der wirtschaftlich Mächtigen Grenzen setzen kann. Politische Demokratie – das ist die Lehre aus Wirtschaftskrise und Faschismus in den 1930er Jahren – basiert auf sozialer Demokratie, auf gleichen zivilen, demokratischen und sozialen Teilhabechancen. Die Starken brauchen keine Demokratie. Sie setzen ihren Willen mit und ohne Regeln durch. Freiheit für alle jedoch ist ohne Regeln, Grenzen und Ordnung nicht möglich. Doch was, wo und wie begrenzt wird, muss demokratisch verhandelt werden. Das gilt insbesondere für Geld und Waren, aber auch die individuelle Migration. Für Grenzen und deren Öffnung braucht es demokratische Mehrheiten – um diese gilt es zu kämpfen. Und es ist politisch zu verhandeln, warum, für was und wen und mit welchen Zielen Grenzen geöffnet oder geschlossen werden. Letztlich ist aber auch zu akzeptieren, wenn die Vorteile von globalen Finanzmärkten, aber auch von Migration mehrheitlich nicht geteilt werden.

Zentrale staatliche Aufgabe ist die Beschränkung der Marktmacht globaler Konzerne und der Super-Reichen, die ihre ökonomische Macht zu ihrem politischen Vorteil einsetzen. Ihnen unbeschränkte Freiheiten zu lassen, hat nichts mit Weltoffenheit zu tun. Vielmehr braucht es für ein *gutes Leben für alle* beides: Eigenständigkeit und Weltoffenheit, so etwas wie einen heimatverbundenen Kosmopolitismus. Dies bedeutet, mehr internationale Zusammenarbeit, gute nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und kreative städtische Lösungen für nachhaltige Mobilität und Energieversorgung nicht gegeneinander auszuspielen. Die Stärkung der Alltagsökonomie, von Daseinsvorsorge und Nahversorgung vor Ort und der Ausbau einer sozialökologischen Infrastruktur, die ein gutes Leben für alle ohne allzu viel Konsum leichter macht, kann nur ohne globale Finanzmärkte florieren. Hier kann von Entwicklungsstrategien des *self reliance* aus den 1970er Jahren gelernt werden, wiewohl ihre Schwächen kritisch evaluiert werden müssen. Kleinräumige

Wirtschaftskreisläufe sind angesichts ökologischer Zuspitzungen krisensicherer. Daher fordern globale Bewegungen eine neue Handelspolitik und erweiterte Handlungsspielräume auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, um angepasste Lösungen umzusetzen. Via Campesina, das Netzwerk der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, setzt auf regionale biologische Landwirtschaft, mit der am wirksamsten Hunger vermieden und eine weniger ölabhängige Landwirtschaft geschaffen werden kann.

Es geht also immer um eine **doppelte Transformation**: Kleine Veränderungsschritte, wo immer diese möglich sind, aber gleichzeitig ein großer Horizont, der über die systemischen und realpolitischen Zwänge hinausblickt. Es gilt, die Alltagsorgen der im globalen Maßstab materiell überdurchschnittlich gut gestellten, aber in ihrem Lebensumfeld zunehmend verunsicherten Menschen ernst zu nehmen. Es braucht Empathie für die konkreten Alltagsprobleme der Menschen – in der Schule, am Arbeitsplatz und bei der Wohnungssuche. Jede demokratisch organisierte Transformation muss um die Herzen und Hirne der Menschen kämpfen: Gibt es Möglichkeiten, Arbeit und soziale Sicherheit zu gewährleisten? Können Essen, Bewegen, Wohnen anders, ökologischer, regionaler und gemeinschaftlicher organisiert werden? Können lokale Netzwerke genutzt werden, krisensicherer zu werden – energieunabhängig, mit einem eigenen Reparaturgewerbe und erschwinglichen öffentlichen Verkehrsmitteln? Derartige Experimente bei gleichzeitig gewährleisteter sozialer Sicherheit wären äußerst wertvolle Beiträge hin zu einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft. Darauf sollten wir unsere Energien lenken.

*Andreas Novy ist Professor am Institut für Multi-Level-Governance and Development an der
Wirtschaftsuniversität Wien.*

Multilevel Governance and Development
Wirtschaftsuniversität Wien
Institutsvorstand : ao.Univ.Prof. Dr. Andreas Novy
Welthandelsplatz 1
A-1020 Wien, Austria
Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: mgd@wu.ac.at
<http://www.wu.ac.at/mgd>